

2.-
CIVIL DEFENSE (BERLIN) 1948
Vor 35 Jahren :



Berliner Arbeiteraufstand

Vor 35 Jahren : BERLINER ARBEITERAUFGSTAND

Am 9. Juni 1953 legte die Parteiführung der SED ("Sozialistische" Einheitspartei) den "Neuen Kurs" Ostdeutschlands fest. Doch nur eine Woche später zeigten die Arbeiter in Ost-Berlin, daß sie ihre Geschichte selber machen - und zwar nicht in Parteizentralen, sondern auf der Straße. Die SED tönte: "Erst mehr arbeiten, dann besser leben." Die Arbeiter in Ost-Berlin waren anderer Meinung: 100000 traten in Streik. Doch nicht nur Ost-Berlin, alle Industriezentren erfaßte die Streikbewegung - alle, bis auf ein großes Gebiet der Schwerindustrie, Stalinstadt. Stalinstadt war ein neu geschaffenes industrielles Zentrum, das keine Tradition von Kämpfen der Vorkriegszeit kannte und den Arbeitern relativ hohe Löhne zahlte.

In den Tagen zwischen dem 16. und 19. Juni 1953 streikten und demonstrierten insgesamt 372000 Arbeiter in über 270 Orten.

In jenen Tagen schwiegen sämtliche Führer der "kommunistischen" oder "sozialistischen" Parteien. Auch der West-Berliner Rundfunk verwehrte den Ost-Berliner Streikführern am 16. Juni die Forderung, ihren Aufruf zum Generalstreik zu verbreiten.

Weder die bürokratische Clique im Osten noch die herrschende Klasse im Westen unterstützte den Arbeiteraufstand 1953.

1953 war keine Konterrevolution - zahlreiche Streikführer waren Mitglieder von KPD und SPD, vor Hitlers Machtergreifung vor 20 Jahren (in Ost-Berlin gehörten allein 68% der Streikführer ehemals der KPD an). 1953 war kein faschistischer Putsch - bis 1954 wurden 71% der örtlichen 1. SED-Sekretäre gefeuert, da sie den Aufstand unterstützt hatten.

Die Gründung Ostdeutschlands

Der ostdeutsche Staat nach dem II. Weltkrieg war nicht das Ergebnis einer sozialistischen Revolution, sondern wurde in der Zeit der Besetzung von Truppen der Roten Armee errichtet. Unter der Gewalt dieser "Befreiungsarmee" wurde ein Staat mit der gleichen sozialen Basis wie in der Sowjetunion geschaffen: mit Staatseigentum an Produktionsmitteln und einer geplanten Wirtschaft - jedoch von Anfang an ohne Kontrolle der Arbeiter, stattdessen in den Händen einer allmächtigen und privilegierten Bürokratie.

Stalins Tod

Der Arbeiteraufstand begann be -

merkenswerterweise nur 3 Monate nach dem Tod Stalins (5.3.1953).



Stalin

Stalin hatte fast 20 Jahre lang die Interessen der sowjetischen Bürokratenherrschaft repräsentiert, die auf dem Rücken der Arbeiterklasse ihr Parasitentum errichtete - auf dem Rücken derjenigen, die die Revolution im Oktober 1917 gemacht hatten. Sein

Tod hatte große Hoffnungen ausgelöst und war ein Signal für die gesamte Opposition in der Sowjetunion und in ganz Osteuropa.

In den ersten Tagen des Juni 1953 wurden im Industriezentrum Pilsen in der Tschechoslowakei Truppen aus der Hauptstadt, Prag, eingesetzt, um eine Demonstration gegen die Währungsreform auseinanderzutreiben. Doch dieser Ausdruck von Unzufriedenheit ist kein Ver gleich zu der Entwicklung, die innerhalb einer Woche in Ostdeutschland einsetzte.

Druck auf die Regierung

Der Aufstand begann als wirtschaftlicher Protest von Ostberliner Bauarbeitern, die in der Stalinallee die Aufgabe hatten, die "erste sozialistische Straße Deutschlands" zu errichten. Auslöser war ein drohender 30%-Lohnverlust; für den Fall, daß sie ihre Arbeitsleistung nicht um 10% steigerten.

Massenstreiks und Revolutionen können in der Tat durch ein einziges, häufig zufälliges Ereignis ausgelöst werden, doch werden sie in einem langen Prozeß vorbereitet, in dem Wut und Verzweiflung wachsen, Veränderungen in der Entwicklung der Wirtschaft und Veränderungen im Bewußtsein vorausgehen. Beweis dafür ist, daß die Bewegung in den Tagen des Juni in kurzer Zeit ganz offen politische Formen annahm.

Bald waren die Demonstrationen nicht mehr allein ein Protest gegen Lohneinbußen, sondern ein Protest gegen die Regierung.

Die Demonstration, am Morgen des 16. Juni nur 80 Mann stark, wuchs in wenigen Stunden auf 10000 an. Fabrikarbeiter und Büroangestellte unterstützten die Bauarbeiter. Erst marschierte der Zug zum Gewerkschaftshaus, dann zur Regierung. Sie forderte Ulbricht oder Grotewohl. Die Regierung schickte den Minister Selbmann vor: "Ich bin selbst nur Arbeiter." Die Menge antwortete: "Das hast Du aber vergessen."

Forderung nach Arbeiterdemokratie

Keine Forderung verlangte eine Rückkehr zum Kapitalismus; weder 1953 noch 1988 ist dies das Ziel der ostdeutschen Arbeiterklasse. Kein Wunder, daß die westdeutsche Regierung den Arbeitern keine konkrete Unterstützung anbot. Kein Wunder, daß Adenauer gleich erklärte: Die Arbeiter sollten "sich zu keinen unbedachten Handlungen hinreißen lassen." Viel mehr bedeutet die Bewegung im Juni 1953 einen ersten unwillkürlichen Versuch, die Bedingungen einer wirklichen Arbeiterdemokratie aufzustellen: "Wir sind Arbeiter und keine Sklaven - wir wollen freie Wahlen - wir sind keine Sklaven." Unter tosendem Beifall stellte ein Arbeiter fest "Das ist hier eine Volkserhebung!" Heinz Brandt, damals SED-Funktionär in Berlin, macht deutlich: "Die Arbeiter wollten eines in gar keinem Fall: die Wiederinthronisierung des Großkapitals. Ihre Forderungen waren eindeutig auf Selbstverwaltung der Betriebe, Bildung von unabhängigen Gewerkschaften und demokratischen Grundrechten gerichtet..."

Es war, als würde Lenins Traum wahr, nur richtete sich diese Massenbewegung gegen ein totalitäres Regime, das im Namen von Lenin herrschte und von denen geführt wurde, die sich selbst die Erben Lenins nannten."

Die Sprechchöre sagten, was alle dachten: "Verschwindet hier, ihr Bonzen, ihr habt den Kontakt mit den Massen verloren und euch nur an unserem Geld gemästet." Die Haltung gegenüber der Regierung war eindeutig: "Verschwinden, abtreten, ihr müßt alle zurücktreten." Am Nachmittag des 16. Juni verkündeten Lautsprecherwagen die Rücknahme der Regierungsbeschlüsse, aber kein Demonstrant ließ sich einwickeln. Jeder kannte die Lösung für den nächsten Tag: "Generalstreik."

17. Juni 1953

Obwohl der Ausnahmezustand verhängt war und alle "Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen über drei Personen" verboten wurden, dehnte sich der Streik am 17. Juni auf alle großen Industriezentren aus. Am Vortag konnten 80 Bauarbeiter eine Demonstration von 10000 mobilisieren; diese 10000 waren nun Signal für über 300000 Arbeiter in allen Teilen des Landes. Stets ging der Streik von den großen industriellen Zentren auf die kleineren Fabriken über.

In Berlin streikten 100000 Arbeiter. Streikführer und Arbeitervertreter wurden gewählt. Am Potsdamer Platz stationierte Volkspolizisten warfen ihre Uniformen und Waffen aus dem Fenster und riefen: "Können wir gehen?" Die Menge gab ihnen den Weg frei. Ein Teil der Volkspolizisten schloss sich jedoch der Demonstration an. In Merseburg entwaffnete ein Demonstrationzug von 30000 die Polizei. In Bitterfeld versammelten sich zu einer Kundgebung 35000 und kippten vor Beginn den Kraftwagen des Bitterfelder Polizeidirektors um.

In Leipzig stürmten Arbeiter das Gebäude des Rundfunks und die Kreisleitung der FDJ (Jugendorganisation). Alle Portraits wurden zerstört - bis auf die, auf denen Karl Marx abgebildet war.

In Halle drang die Demonstration in das Frauengefängnis ein und befreite alle politischen Gefangenen. Außerdem besetzten 8000 Eisenbahnarbeiter die SED-Partei-Zentrale.

Die Rolle der Sowjetunion

Die Funktionäre von Staat und Partei wurden von den Ereignissen völlig überwältigt und in verschiedene Lager gespalten. Auf sich gestellt waren sie unfähig, der veränderten Situation Herr zu werden. Auch die russische Bürokratie war nicht in der Lage, politisch zu antworten - nur militärisch: Russische Truppen und Panzer gingen gegen den Arbeiteraufstand vor. Das schien ihnen der

einzigste Weg; obwohl die Streikenden mit nichts außer Brechstangen, Flaschen, Stöcken und Ziegelsteinen bewaffnet waren. 260 Menschen wurden beim Einmarsch der sowjetischen Truppen umgebracht. Der Arbeiteraufstand 1953 war eine politische Niederlage des Stalinismus.

Streikführer wurden verhaftet, Partei- und Gewerkschaftskader gefeuert, 1300 in Prozessen verurteilt, 4 Angeklagte zu lebenslanger Haft, 6 zum Tode. Auch der Justizminister Max Fechner (früher SPD), der öffentlich für die Straffreiheit der Streikenden plädierte, wurde entlassen, aus der Partei ausgeschlossen und zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Doch nicht einmal diese Repressalien konnten sofort mit allen Protesten Schluß machen. Noch drei Wochen später streikten in Ost-Berlin Arbeiter und forderten die Freilassung der Streikführer, höhere Löhne, niedrigere Preise, einen Regierungswechsel und freie Wahlen.

Auswirkungen des Arbeiteraufstands

Die Regierung sah sich zu zeitweiligen Zugeständnissen gezwungen. Sie verzichtete weiterhin auf eine Erhöhung der vorgeschriebenen Arbeitsleistung und erhöhte die Löhne bis 1955 um 68%.

Doch sobald die Krise überwunden schien, wurde Abschied genommen vom Reformkurs und viele Verbesserungen des Lebensstandards wieder rückgängig gemacht.

Dennoch bewies der Berliner Arbeiteraufstand der Bürokratie, daß sie nicht schalten und walten konnte, ohne die Arbeiter zu beachten. Als die polnischen Arbeiter 1956 auf die Straße gingen, führte die ostdeutsche Bürokratie sofort Preissenkungen von 50% durch, um zu verhindern, daß die polnische Bewegung auch auf Ostdeutschland übergriff. In den 60er Jahren wurde sehr viel mehr für die Verbesserung des Lebensstandards der Massen ausgegeben, als in den meisten anderen osteuropä-

ischen Ländern.

Die internationale Dimension

Der Berliner Arbeiteraufstand 1953 ist von großer Bedeutung für die Entwicklung Ostdeutschlands, der osteuropäischen Staaten und international gewesen.



Aufständische stürzen das Stalin-Denkmal in Budapest, die verhaßte Symbolfigur des Regimes.

1953 erlebte die erste entscheidene Bewegung gegen den Stalinismus in Osteuropa.

Es war ein Beispiel für die Revolution in Ungarn 1956, für die Auseinandersetzungen in der Tschechoslowakei 1968, für die Streikwellen in Polen 1970, 1976 und 1980. Aber der Einsatz russischer Truppen 1953 war auch ein Beispiel für das Vorgehen russischer Truppen in Prag 1968. Und die Politik von Reform und Konterreform von Ulbricht und Grotewohl war ebenso ein Beispiel für die Politik von Giersek und Jaruzelski 1980.

Trotzki

Der Juni 1953 war auch eine Bestätigung der Perspektiven von Leo Trotzki.

Trotzki, neben Lenin Führer der russischen Oktoberrevolution, Organisator der Roten Armee, Mitbegründer der Kommunistischen Internationalen und Gegenspieler von Stalin analysierte am Beispiel der Sowjetunion den Charakter eines deformierten Arbeiterstaates. Lange vor dem II. Weltkrieg wies er die Notwendigkeit einer politischen Revolution zum

Sturz der dort herrschenden Kaste nach. Er machte das am Fall der französischen bürgerlichen Revolution von 1789 deutlich. Auch nach der Revolution von 1789, deren Aufgabe die Beseitigung des Feudalismus war, zeigte sich, dass weitere, näher bestimmende politische Revolutionen von 1815, 1830 und 1848 nötig waren, bevor das französische Bürgertum endgültig die politische Macht erlangt hatte.

In den Staaten Osteuropas ist zwar die soziale Basis umgewälzt worden - das private Eigentum an Produktionsmitteln wurde in öffentliches Eigentum überführt - aber noch herrscht eine bürokrati-

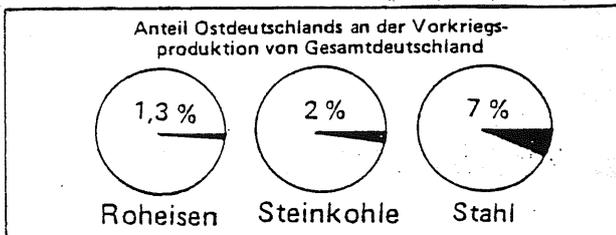
sche Clique.



Trotzki.

Wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland

Ostdeutschland gilt in unserer Zeit als der stabilste stalinistische Staat in Osteuropa. Obwohl vor dem Krieg nur 2 % der deutschen Steinkohle und 7 % des deutschen Stahls in Ostdeutschland produziert wurden, ist es heute die zweitgrößte Wirtschaftsmacht im COMECON, der wirtschaftlichen Gemeinschaft des Ost-Block.



Obwohl von Anfang an Mißwirtschaft und Fehlplanung die Produktion prägten hat Ostdeutschland zum Beispiel einen höheren Pro-Kopf-Verbrauch an Grundnahrungsmitteln, wie Fleisch, Gemüse und Kartoffeln als Westdeutschland. Während hier nur 80% der Kinder einen Kindergarten besuchen, sind es in Ostdeutschland

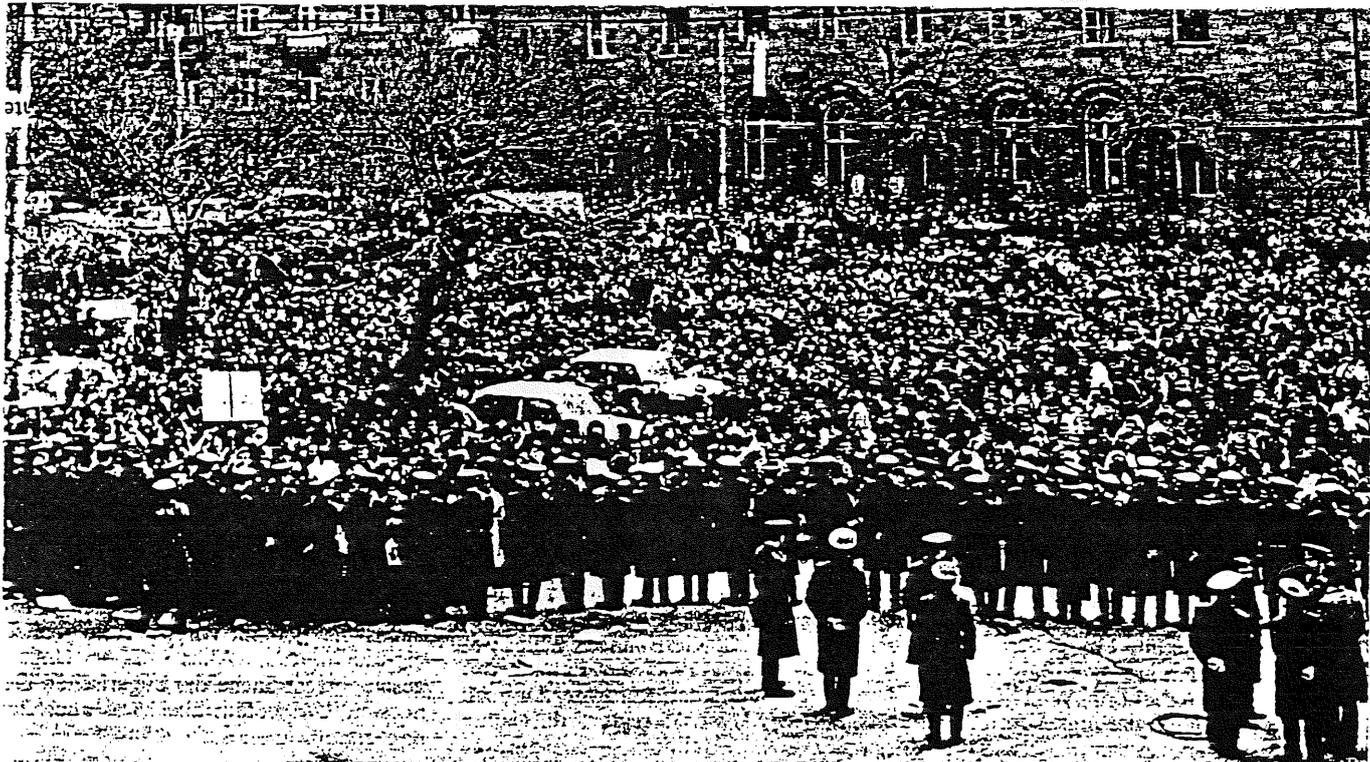
über 90 %.

In den Worten Trotzki's beweist das Staatseigentum seine Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus nicht in der Sprache von Marx "Kapital", sondern in der Sprache von Stahl, Zement und Produktion.

Neue Qualität von Kämpfen

Dennoch haben erst am 7. Juni 1987, 34 Jahre nach dem Berliner Arbeiteraufstand, Jugendliche erneut in Ost-Berlin demonstriert, in Sprechchören an Rosa Luxemburg erinnert und die "Internationale" gesungen. Und Anfang dieses Jahres kam es wegen der Abschiebung des Oppositionellen Stephan Krawczyk in vielen Städten zu Solidaritätsaktionen und Protestkundgebungen. Diese Bewegungen markieren eine neue Stufe in dem Prozeß, der die politische Revolution in Ostdeutschland und im ganzen Ost-Block einleitet.

In Moskau forderten im Mai 1988 Hunderte von Armeniern den Rücktritt von Politbüro-Mitglied Ligatschow, in Ungarn wurden im gleichen Monat 40% der Plätze des Zentralkomitees neu besetzt. In Budapest wurde der Parteiführer



Polizisten, armenische Demonstranten in Eriwan am 26. März: Nichtrussen meutern in der Sowjet-Union

Kadar gestürzt und in Aserbai - dschan und Armenien wurden im Mai 1988 die Parteivorsitzenden abgelöst. In Jugoslawien haben Arbeiter in Bosnien Ende 1987 und Bauern in Slowenien im Mai 1988 eine neue Partei gegründet. Und 35 Jahre nach dem Berliner Arbeiteraufstand findet am 28. Juni 1988 in Moskau eine außerordentliche Parteikonferenz statt - die erste seit 1941.

Krise der stalinistischen Staaten

Karl Marx zeigte auf, daß der Schlüssel für die Entwicklung der Gesellschaft die Entwicklung der Produktivkräfte (Produktionsmittel und menschliche Arbeitstätigkeit) ist. Kein System tritt davon der Bühne der Geschichte, ohne alle in ihm angelegten Möglichkeiten genutzt zu haben. Dies gilt in gleichen Maßen für die stalinistischen Staaten wie für die kapitalistischen, obgleich es zwei grundlegend verschiedene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sind. Die osteuropäische Bürokratie

spielte jahrzehntlang eine zu - mindest relativ progressive Rolle. Heute stellt sie jedoch ein absolutes Hindernis für eine weitere Entwicklung der Wirtschaft dar.

Im ganzen Ost - Block hat sich die Zuwachsrate des Nationaleinkommens 1987 nahezu halbiert. Der Schuldenberg ist seit 1984 um 45 Milliarden auf 130 Milliarden Dollar angestiegen. Jugoslawien erlebte vor dem 15. Mai Hamster - käufe (denn an diesem Tag wurden die eingefrorenen Preise freigesetzt). Die polnischen Reformen brachten der arbeitenden Bevölkerung nur Hungerlöhne und Inflation. In Ungarn werden bis Ende 1988 40000 arbeitslos sein, bis 1990 200000.

Politische Revolution

So wie die polnische Arbeiter - klasse in Krakau, Warschau und Banzig im Frühjahr 1988 unmittelbar an den Erfahrungen vom Sommer 1980 anknüpfte, so werden auch den ostdeutschen Arbeitern und Jugendlichen die Lehren vom Ber -



Budapest

liner Aufstand 1953 dienen, wenn sie ein neues Kapitel in der Geschichte der politischen Revolution schreiben. Ostdeutschland kommt auch eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Staaten zu - denn Ostdeutschland ist die Nabelschnur zu Westeuropa.

Eine deutsche Wiedervereinigung kann nur eine sozialistische sein - geschaffen auf der Grundlage der Tradition des gemeinsamen Kampfes und des gemeinsamen Programms einer wirklichen Arbeiterdemokratie. Die deutsche Arbeiterbewegung wird ein wichtiger Faktor für die Errichtung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sein.

Erst von da an, in einer sozialistischen Gesellschaft, wird die Menschheit, in den Worten Engels', ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein machen.

Stuttgart, den 2.6.1988

"BERLINER, KOMMT UND REIHT EUCH EIN!

WIR WOLLEN KEINE SKLAVEN SEIN.
WIR WOLLEN FREIHEIT, RECHT UND BROT,

SONST SCHLAGEN WIR DIE BONZEN TOT."

von Helmut G. Haasis

Erzählung eines einst in Ostberlin ansässigen
Arbeiterpaares über den Arbeiteraufstand
vom 17. Juni 1953.

Vom Polier Alfred hatte ich erstmals während einer Streikbewegung meiner Gewerkschaft, der IG Druck und Papier, gehört. Vor wenigen Jahren war das gewesen. Kollegen aus Niedersachsen sprachen von einem Ostberliner Streikführer des 17. Juni. Der habe ihnen einen ganzen Abend lang im Streiklokal vom Arbeiteraufstand erzählt. Aber nur im kleinen Kreis. Zu größeren Auftritten brächten ihn keine zehn Pferde. Hier im Westen sei er politisch enttäuscht. Hier fehle jedes Interesse an der ostdeutschen Arbeiterbewegung.

Dieser rätselhaft unzugängliche Bauarbeiter interessiert mich gleich. Gerlinde fängt Feuer bei der Idee, im nächsten Urlaub auch mal nach diesem verlorenen Schatz der Arbeitergeschichte zu buddeln.

Im Sommer stehen wir also eines Tages in Niedersachsen vor einer Baustelle. Alfred scheint Mitte 50 zu sein: tief gefurchtes Gesicht, wetterfest, stark gebräunt, energische Gesichtszüge. Als Polier überwacht er soeben, wie eine Schachtanlage betoniert wird. Er weist uns auf die Mittagspause. In seiner Baubude setzt er uns dann ein ordentliches Vesper vor: Wurst und Gurken. Als er sieht, daß wir uns nicht genieren, kräftig zuzulangen und das Bier geübt aus der Flasche zu trinken, wird er zutraulicher. Seine harthäutige, dunkelbraune Pranke legt er auf Gerlindes bleichen Arm

und will hören, warum wir eigentlich gerade vom 17. Juni etwas wissen wollten.

Wir versuchen, unser Interesse an diesem fast schon vergessenen Aufstand zu erklären. Da unterbricht uns eine Sirene. Alfred muß wieder zur Arbeit. Morgen Abend sollen wir zum ihm nach Hause kommen.

* * *

Mit unüberhörbarem Berliner Akzent setzen Alfred und seine Frau uns am besagten Abend auseinander, was sie im Juni 1953 und danach in Ostberlin erlebt haben. "Also", legt Alfred los, "ich war damals Maurer auf einer der Baustellen in der Stalin-Allee, auf dem Block 40. Wißt ihr überhaupt, wo die Stalin-Allee liegt?"

Wissen wir natürlich nicht. Erna, seine Frau, hilft uns: "Es kann sich ja nicht jeder in Berlin auskennen. Wir zeigen Euch mal diese Straße auf einem Stadtplan."

Aus dem Büffet holt sie ein mit einem Gummi zusammengehaltenes Kartenspiel. Wir stecken die Köpfe zusammen und folgen Alfreds Finger. "Hier ist der Bahnhof Friedrichstraße. Hier müßt ihr heute rüber; wenn ihr in den Osten wollt. Dann mit der S-Bahn bis zum Alex. Das ist der Alexanderplatz, heute protzig hergerichtet. Dann seid ihr schon am Beginn der Stalin-Allee. Ja, heute heißt sie Karl-Marx-Allee. Den Stalin hat's vom Namensschild gehauen, wie anderswo vom Sockel."

"Richtig", fällt Erna ein, die nicht lange stillhalten kann, "Stalin war gerade Anfang März 53 gestorben. Die 150-prozentigen fiennten. Ihnen fehlte nun ihr unfehlbarer Papst."

"Ja, bei uns in der Baubranche", flucht Alfred in eine unvermeidliche Atempause Ernas ein, "da gab es die wenigsten Parteimitglieder. Wir konnten die Bonzen nicht riechen. Wir waren Saisonarbeiter. Im Sommer haben wir geklotzt. Da wurden Oberstunden gemacht - Samstage sowieso geschafft - und oft Sonntag für Sonntag gearbeitet. Im Winter arbeitslos. Es gab noch kein Schlechtwetter- und Wintergeld. Also mußten wir unser ganzes Jahreseinkommen im Sommer zusammenbringen.

Damals war die ganze Stalin-Allee mit der Umgebung eine einzige Großbaustelle. Schaut euch mal die Brocken an, die wir dort hochgezogen haben. Wir mußten hart arbeiten. Also verteidigten wir unseren sauer verdienten Lohn auch mit den Zähnen.

Zwei Jahre vorher führte die SED Kollektivarbeitsverträge für jede Branche ein. Unsere Tarifverträge damals. Aber jeder Betrieb und jede Baustelle mußten zustimmen. Gerade bei uns Bauarbeitern ist so gut wie kein Tarifvertrag durchgekommen.

Streiks waren wir auch schon gewohnt. Zum Platzen kam die gereizte Stimmung, als der Ministerrat zu Ulbrichts 60. Geburtstag alle Normen um 10% erhöhen wollte."

Was Normen seien, wollen wir wissen.

"Eine Norm", erklärt Alfred, "ist die geforderte Arbeitsleistung. Hierzulande heißt das Akkord. Als die bestverdienenden Arbeiter, eine selbstbewußte und für den Aufbau unersetzliche Masse - damals fehlten 40.000 Bauarbeiter allein in Ostberlin - hatten wir nicht die geringste Lust, dem Spitzbart so viel zum Geburtstag zu schenken. Gleichzeitig hätten wir nicht mehr als 100% der Norm für unseren Lohn verrechnen dürfen. Das alles hätte einen verheerenden Lohnverlust von 30 bis 40%, bei manchen noch mehr, gebracht.

Am Montag, 15. Juni, geht bei uns auf der Baustelle das "Neue Deutschland" herum. Ein sicheres Schlafmittel nannten wir das Zentralorgan der SED. Orin

steht jetzt, die Normenerhöhung sei ein Unfug. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich diese Wahrheit von Baustelle zu Baustelle.

Am nächsten Tag, 16. Juni, steht im Gewerkschaftsblatt "Tribüne" plötzlich drin, die Normen würden doch um 10% erhöht.

'Ja, wollen die uns denn verarschen?' schreien wir auf Block 40.

Keiner rührt mehr eine Hand. Sofort holt man einen Funktionär der Baugewerkschaft, der uns verkackeiert will: 'Erst mehr arbeiten, dann besser leben. Alte SED-Parole!'

Unser Gebrüll wirft ihn fast vom Bau. Ob er wohl glaube, daß wir immer weniger täten, weil wir für unser Geld immer weniger zu kaufen bekämen? Unsere Frauen und Mütter stünden halbe Tage lang und dann oft vergeblich wegen irgendetwas Freßbarem an.

Der Gewerkschaftsfunktionär schaut sich ängstlich nach der Betriebsgewerkschaftsleitung um, gibt resigniert auf. Ein Bauarbeiter ruft: 'Jetzt ist es an der Zeit, daß wir handeln!'

Wir kriegen langsam mit, daß wir unsere beiden am Vortag gewählten Delegierten nicht allein ins Haus der Ministerien marschieren lassen dürfen, um gegen die Normenerhöhung zu protestieren. Je mehr, desto besser. Die Bonzen verstehen nur die Sprache der Masse.

Ein anderer Kollege stellt sich vor die Versammlung: 'Wer mit uns mitmacht, der tritt nach rechts raus. Wer nicht mitmachen will, soll nach links raustreten.'

Was denkt Ihr, was passiert? Das glaubt Ihr wohl selber nicht. Alle gehen rechts raus. Alle wollen mitmachen. Mit einem Beifallssturm löst sich in uns die angestaute Spannung. Wir fühlen uns so nahe, so freundschaftlich wie noch nie. Einige haben sich umarmt. Mir selbst sind Tränen in die Augen geschossen. Da braucht sich niemand zu schämen.

Rasch malen einige von uns ein Transparent. Wir nehmen einfach das verlogene vom letzten 1. Mai. Ein Treppenwitz der Arbeiterbewegung, was da draufstand: 'Aus Anlaß des 1. Mai hat Block 40 freiwillig die Normen um 10 Prozent erhöht.'

Keine Sau, geschweige denn uns, hat man gefragt. Jetzt streichen wir einfach das weiße mit weißer Farbe durch, drehen das Transparent um und schreiben drauf: 'Wir fordern Herabsetzung der Normen!'

Erna löst Alfred ab, der vor lauter Begeisterung über diesen fast 30 Jahre zurückliegenden Aufbruch sein Bier warm werden läßt. 'Was die Bauarbeiter in der Stalin-Allee dann gemacht haben, ist das einzig Richtige gewesen. Das haben sie instinktiv gewußt, ohne je dafür geschult worden zu sein. Sie ziehen von einer Baustelle zur anderen, mit ihrem Transparent und mit Sprechchören:

'Kollegen, reiht Euch ein!
Wir wollen freie Menschen sein!'

In keinen drei Minuten ist so eine Baustelle leer. Der Demonstrationszug wächst: anfangs zweihundert, dann fünfhundert, bald tausend, am Schluß zweitausend.'

'Als wir', unterbricht Alfred, 'so eine Masse sind, schreien einige:
'Auf, zum Gewerkschaftshaus.'

Das lag und liegt heute noch in der Wallstraße, das Haus des FDGB, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Also wir nun die Stalin-Allee runter. Am Alex links ab zum Gewerkschaftshaus an der Spree. Vor dem Rathaus und wieder vor der Zentrale des FDGB schreien wir:

'Nieder mit den Steuer-Fressern!
Nieder mit den Steuer-Fressern!'

Noch werfen wir keine Fenster ein. Wir sind friedlich, aber wir pennen nicht. Kurz vor dem Alex bekommt der

Befehl!

Ueber die Stadt Halle ist der

Ausnahmezustand

verhängt. Demonstrationen, Versammlungen und Zusammenrottungen jeder Art sind verboten.

Jeder Aufenthalt auf den Straßen ist von

21.00 bis 4 Uhr

verboten.

Im Falle von Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht!

Halle, den 17. Juni 1953

Chef der Garnison und Militärkommandant der Stadt Halle (Saale)

erste Bonze, der sich uns entgegenstellt, Dresche. Ein Vopo, der ihm helfen will, wird gleich mitversohlt. Vor dem Cafe Warschau fotografiert uns irgend so ein Kerl. Wir haben ihn um seinen Film erleichtert.

Unterwegs fallen uns immer mehr Ideen ein. Wir haben ja nichts geplant. So müssen wir uns unterwegs klar werden, was wir wollen. Vor den HO-Läden am Alex kommt ein guter Spruch auf:

'HO macht uns k.o.!' "

Erna fügt ein: "Ihr müßt wissen: HO heißt Handelsorganisation. Dort kaufte man sein Zeug ein, meistens teuer und schlechte Qualität. Die SED förderte ja nur die Grundindustrie und den Schwermaschinenbau. Die Herstellung der Konsumgüter war ihr schnuppe."

Alfred macht weiter: "Vor dem Polizeipräsidium haben wir auch schon weitergehende politische Sprüche entwickelt:

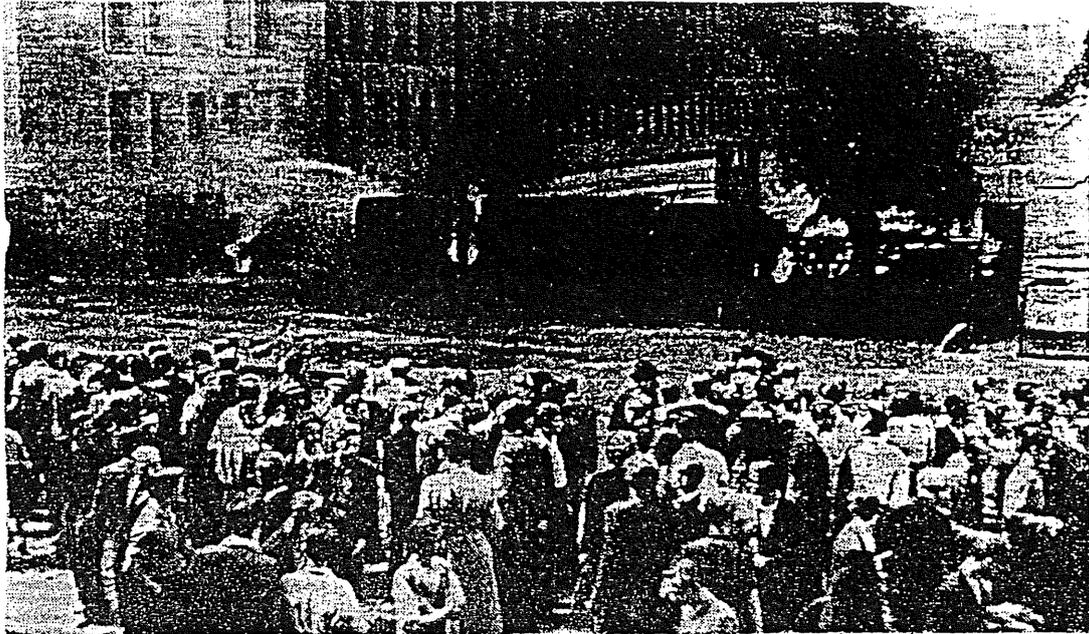
'Wir wollen keine Volksarmee,
wir wollen Butter!'

Als wir endlich zum FDGB-Haus an der Spree ankommen, finden wir es geschlossen. Die Bonzen haben Flatterhosen bekommen. Da ruft einer:
'Wir marschieren zur Regierung."

Klar, wenn die Gewerkschaft versagt, wenden wir uns eben an die Regierung. Wir nehmen aber nicht den kürzesten Weg, sondern auf Umwegen leeren wir noch andere Baustellen. Die Kollegen gehen alle gleich begeistert mit.

Um 1 Uhr mittags stehen wir vor dem Haus der Ministerien, Ecke Wilhelm-/ Leipziger Straße. Makabrerweise das alte Luftfahrtministerium vom Obernazi Hermann Göring. Wir ungefähr 10.000, die meisten Bauarbeiter, aber auch schon einige, die sich von der Straße weg uns angeschlossen haben.

Die Vopo verduftet vor dem eigenen Volk, zieht sich ins Haus zurück, holt das Scherengitter herunter. Jetzt dämmert uns, daß wir einen Zahn zulegen müssen, wenn wir etwas erreichen wollen. Die Parolen unserer Sprechchöre fallen radikaler aus.
'Pfui! Feigling! Ihr Schweinehundel!'



Arbeiter haben Barrikaden der Volkspolizei am Haus der Ministerien in Brand gesteckt

Oben gehen einige Fenster auf. Die Köpfe verschwinden gleich wieder, erschrocken über die die drohende Masse. Wir schreien hinauf:

'Nieder mit den Normen!

'Wir wollen Grotewohl und Ulbricht sehen!'

Grotewohl war damals Ministerpräsident, Ulbricht Sekretär des Zentralkomitees. Die beiden entscheidenden Leute der SED.

Aus dem Haus bringt man uns auf einmal einen Tisch. Ein junger Bauarbeiter springt drauf. Mit weit ausgebreiteten Armen verlangt er Ruhe. Da er Bauarbeiter ist, sind wir alle still. Wir haben immer gewartet, daß irgend jemand aus unseren Reihen eine gute Idee zum Besten gibt. Der junge Arbeiter ruft uns zu: 'Es spricht jetzt der 'Kollege' Minister Selbmann.'

Ober das ironisch betonte Wort 'Kollege' für den Minister für Erzbergbau und Hüttenwesen lachen wir tüchtig. Als der Minister Selbmann anfängt: 'Kollegen!', bekommt er das Echo: 'Wir sind nicht deine Kollegen!'

Er meint, er sei doch auch Arbeiter.

Wir: 'Das ist einmal gewesen. Du hast es vergessen.'

Als er seine Hände vorzeigt, geht alles in der Gaudi unter. Er wird heruntergepiffen.

Nach ihm tritt ein Professor auf, der sich Havemann nennt. Nun ja, später ist der als oppositioneller Marxist berühmt geworden. Damals wollte er uns noch Honig ums Maul schmieren. Wir trauten ihm nicht und schrien nach Grotewohl und Ulbricht."

Alfred muß eine Pause einlegen. Wir sind fasziniert von diesem brodelnden Aufbruch einer Arbeiterbewegung, wovon wir so nie etwas gehört haben.

Erna schildert, was sie über den weiteren Verlauf von Freundinnen und Bekannten und natürlich von ihrem späteren Mann erfahren hat:

"Eine Frau ist es übrigens gewesen, die nach dem Professor Havemann auf den Tisch gestiegen ist und das gesagt hat, was alle dachten:

'Wir lassen uns nicht beschwichtigen. Wir wollen Grotewohl oder Ulbricht sprechen! Hier stehen nicht nur die Bauarbeiter, hier steht ganz Berlin, die ganze Bevölkerung!'

Dann passierte wieder lange nichts. Keiner wußte, wo es langgehen sollte. Alle wieder kopflos."

Alfred widerspricht: "Nicht ganz. Steigt da doch eine FDJ-lerin auf den Tisch, wird aber ausgepiffen; denn der FDJ, der Freien Deutschen Jugend, der Jugendorganisation der SED, gehört unser besonderer Haß. Das Mädchen zieht in aller Seelenruhe seine blaue FDJ-Jacke aus, wirft sie in die Menge. Bravorufel! Dann sagt sie uns:

'Paßt auf! Unter uns haben sich Spitzel eingeschlichen! Auf dem Marsch hab' ich gehört, wie zwei Funktionäre über mich sagten: Die FDJ-lerin vom VEB Tiefbau, die werden wir uns nachher schnappen!'

Ein Pfeifkonzert steigt die Wände am Haus der Ministerien hoch. Jeder schaut sich um. Tatsächlich werden etliche Spitzel erkannt und - rausgeprügelt."

Alfred spricht uns nun direkt und scharf an: "Einen Zahn wollen wir euch gleich ziehen. Es ist verlogen, daß wir damals solche Verhältnisse haben wollten, wie unter Adenauer gruben im Westen. Uns Arbeitern lag nichts ferner, als die alten Großgrundbesitzer und die Fabrikanten und die Kriegsverbrecher und die Nazis wieder in den Sattel zu heben, wie im Westen. Was man euch seitdem jeden 17. Juni erzählt hat, ist nichts als ein großer Volksbetrug gewesen. Euren 'Tag der nationalen Einheit' sehen wir in Wirklichkeit als einen Verrat an der ostdeutschen Arbeiterbewegung an. Der Westen hat sich so schäbig wir nur irgend möglich benommen."

"Da ist es fast besser", ergänzt Erna, "wenn man jetzt den 17. Juni vollends einschlafen läßt. Der Beifall von kapitalistischer Seite hat uns von Anfang an geschadet. Unsere gegen alle Seiten unabhängige Arbeiterbewegung sollte nur angeschmiert werden. Nicht nur dem Osten, auch dem Westen waren wir zu radikal. Die hatten vor nichts größere Furcht als vor einem Obergreifen unseres kaum begonnenen Aufstandes nach Westberlin."

Gerlinde und ich schauen uns verdutzt an. Erna und Alfred entgeht unsere Ungläubigkeit nicht. Beide fühlen sich belustigt.

"Was glaubt ihr wohl", bricht Erna in unsere Ratlosigkeit ein, "warum haben die Amerikaner in ihrem Rundfunk RIAS BERLIN nur kurze Nachrichten über den Anfang unseres Aufstandes durchgegeben, aber keinen Aufruf zum Generalstreik?"

Wir halten entgegen, die östliche Seite behauptete ja immer, der amerikanische Sender RIAS habe ständig zum Aufruhr gehetzt.

"Von wegen", poltert Alfred. "Das wissen wir besser. Eine Delegation gerade von unserem Block 40 und von anderen Baustellen in der Stalin-Allee ist abends rüber in den Westen zum RIAS und hat verlangt, man solle einen Aufruf zum Generalstreik durchgeben. Die RIAS-Leute haben das abgelehnt. Wir sind bis zum Direktor vorgedrungen. Der hat uns ausdrücklich versichert, er habe Anweisungen vom amerikanischen Hauptquartier, keinen Aufruf dieser Art durchzulassen."

Erna gerät in Fahrt. Oberstürzt sprudelt es aus ihr heraus: "Was glaubt ihr wohl, was wir Schneiderinnen gesehen haben, als wir mittags zum Potsdamer Platz kamen, direkt an der Grenze zum britischen Sektor? Ihr müßt wissen: damals gab es noch keine Mauer. Die Grenze war leicht zu überschreiten. - Schwerbewaffnete Polizei richtet die Knarren auf uns. Nun ratet mal schön, wer das war?"

Uns fallen natürlich nur Volkspolizisten ein, eventuell noch Soldaten der Nationalen Volksarmee oder sowjetische Soldaten.

Erna triumphierend: "Ha, ha, hal Da stehen doch wirklich eine Masse britischer Bullen, die uns mit Erschießen drohen, falls wir den britischen Sektor, ihre Art der Freiheit, betreten würden. Die halten uns, übrigens ganz zu Recht, für revolutionäre Arbeitermassen, die die Geldherrschaft der Bonzen ins Wanken bringen wollen."

So sieht also der Geist des Westens aus, wo später der 17. Juni zum Feiertag erhoben wird. Daß ich nicht kotze!"

Wie es denn nun eigentlich zu den weitergehenden politischen Forderungen gekommen sei, wollen wir wissen.

Alfred holt aus: "Ein älterer Bauarbeiter, Streinträger - ein sehr harter Job - der sagt nun, was die meisten denken. Er steigt mit nacktem, gebräuntem Oberkörper auf den Tisch und brüllt: 'Die Regierung muß aus ihren Fehlern die Konsequenzen ziehen. Wir fordern freie, geheime Wahlen!'"

Das Echo: ein unbeschreiblicher Lärm. Wenn ein deutscher Fußballverein im Endspiel um den Europapokal kurz vor Schluß das Siegestor erzielt, geht es genauso zu. Alle haben bis dahin gefiebert, daß einem der Treffer zum Durchbruch gelingt. Diesem alten Arbeiter ist er gelungen.

Da hat es endlich auch bei mir gezündet. Ich bin ziemlich weit vorne und denke: einer muß jetzt doch sagen, wo's langgeht. Wir stehen und sitzen hier schon mehr als eine Stunde, sind mehr als vier Stunden rumgelatscht. Die Bonzen verarschen uns doch. Also müssen wir selbst handeln. Jetzt oder nie! So eine Chance bekommt man nur ein einziges Mal in seinem Leben.

Ich arbeite mich durch die Menge, steig auf den Tisch, halte die erste und letzte Rede meines Lebens. Nicht mal Herzklopfen hatte ich dabei. Ich war so überrascht von meinem eigenen Durchblick.

'Kollegen', schreie ich, so laut ich nur kann. Auf dem Bau lernt man das. 'Kollegen, wir warten jetzt noch eine halbe Stunde. Wenn dann Grotewohl oder Ulbricht nicht hier sind, marschieren wir durch die Arbeiterviertel Berlins und rufen alle Kollegen zum Generalstreik für morgen auf.'

Ich steige erschöpft herunter, werde von den Umstehenden umarmt, auf die Schultern genommen, herumgetragen. Gerade wie ein Torschütze des Siegestreffers.

Bald marschieren wir zurück zu den Linden, die Friedrichstraße hoch zum Oranienburger Tor. Wir rufen zum Generalstreik auf. Einer unserer frühesten Sprüche von der Stalin-Allee lebt erweitert auf:

'Berliner, kommt und reißt euch ein!
Wir wollen keine Sklaven sein!
Wir wollen Freiheit, Recht und Brot,
sonst schlagen wir die Bonzen tot!'

Wir erobern einen Lautsprecherwagen, der uns mit seiner dämlichen Regierungspropaganda auf die Eier geht. Mit dem geben wir unsere Parolen des Generalstreiks durch. Wer von unseren Sprechern seine Aufgabe nicht gut macht, wird von uns rausgeholt. Da herrscht schon ein Anfang von selbstbestimmter Demokratie. Immer wieder wechseln wir die Sprecher aus, bis einer endlich alle zufriedenstellt."

Erna hat inzwischen eingesehen, daß Alfred vor lauter Begeisterung ganz vergißt, uns Gästen etwas anzubieten. Um ihn nicht zu unterbrechen, holt sie geschwind etwas aus der Küche. Erfreut über den Anblick von kaltem Braten, überläßt Alfred seiner Erna die Fortsetzung.

"Der Lautsprecherwagen fährt durch ganz Ostberlin und gibt die Forderungen der aufständischen Massen bekannt:

'Normensenkung, Senkung der HO-Preise, freie Wahlen



für ganz Deutschland, Absetzung der Regierung!
Treffpunkt 17. Juni früh, Strausberger Platz.'

Der Strausberger Platz liegt mitten in der Stalin-Allee, also im Mittelpunkt der aufgeweckten Bauarbeiterschaft. Eine Menge Leute setzt sich bis zum Umfallen dafür ein, daß die Generalstreikparolen in ganz Ostberlin und Umgebung und möglichst sogar in der ganzen DDR bekannt werden. Nicht nur durch ganz knappe, völlig neutral gehaltene Radionachrichten des RIAS verbreitet sich unser Streik, sondern ebenso durch eigene, vorher nie erprobte Kanäle.

Kuriere auf Fahrrädern erreichen die größten Werke, fordern zum Generalstreik auf. Schon die Nachtschicht der meisten Ostberliner Betriebe tritt in den Streik. Ich selbst gehe zu einer Freundin in die Reichsbahnverwaltung. Als die dort hören, was passiert ist und was morgen geschehen soll, setzen sie sich eigenmächtig an die reichsbahneigenen Fernschreiber. Die ganze Nacht über geben sie die Berliner Generalstreikparolen in andere Städte durch. Wenn Rückfragen kommen, was genau passiert sei, ob sich keiner der Regierungsvertreter habe sehen lassen, muß ich als Teilnehmerin eine Antwort aufschreiben, die dann zurückgeht.

Wir schufteten bis morgens 4 Uhr. Dann hauen wir uns zwei Stunden auf alte Feldbetten, Schreibtische, Stühle und auf die Bänke der Kantine. Um 6 Uhr geht's wieder los. Die letzten Rückfragen beantwortet, ein Ersatzkaffee, wie es damals üblich war, und nichts wie raus zum Strausberger Platz."

Alfred hat inzwischen die Schlacht mit dem Braten als Sieger überstanden. Den hat er hergenommen wie einst die Vopo.

"Morgens", Alfred lehnt sich zufrieden zurück und stochert in seinen Zähnen, "da geht über Berlin ein furchtbares Gewitter nieder. Trotzdem sammeln sich Tausende am Strausberger Platz. Der Regen ist uns scheinbegal. Wir schreien im Sprechchor unter dem Wolkenbruch:

'Wir sind so verbittert,
daß uns der Regen nicht erschüttert.'



Sowjetische Panzer

Den Platz vor dem Haus der Ministerien finden wir heute bereits abgesperrt. Mehrere Ketten der Vopo, darunter auch kasernierte Volkspolizei, die Bürgerkriegstruppen der SED zur Niederhaltung des Volkes. Nun schlägt die Polizei erstmals auf uns ein. Ich bin vorne und krieg' gleich mal einige Hiebe von einem Holzknüppel auf meinen erhobenen Arm. Wir weichen zurück, holen aus den nahen Trümmergrundstücken Steine."

"Halt, Alfred", Erna reckt sich, "wir Frauen nicht. Wir Schneiderinnen vom Fortschrittswerk sind mit vorne, haben unsere kräftigen Regenschirme dabei. Mit denen schlagen wir zurück, erobern sogar etliche Knüppel. Einigen Bullen ziehen wir eine über die Rübe. Wir halten die vorderen Reihen, bis die Männer mit einer Masse Wurfgeschosse zurückkehren."

"So hat", lacht Alfred, "die weibliche Eitelkeit doch auch mal eine gute Seite. Die Damen wollten nämlich nicht naß werden wie wir Bauarbeiter."

Jetzt zum weiteren Fortgang. Unsere Gehirne machen im Lauf der Zeit Sprünge in unbekannte Gegenden. Uns gelingen sogar Erfindungen. So entwickeln wir Bauarbeiter eine brauchbare Kampfaktik gegen die Vopo-Ketten auf der Straße. Das geht so: ungefähr die ersten fünf Reihen von uns haken sich unter, darunter auch viele Frauen. Mit verschärftem Tempo gehen wir auf die Bullen los. Zwanzig Meter vorher teilen sich unsere Reihen in der Mitte, weichen auf die Seite nach links und rechts aus. So machen wir einem Rammkommando Platz, das im Hintergrund lauert. Dieses bricht nun, mit Bohlen, Bauhölzern, Ramm Balken über die Bullen herein, die natürlich ausweichen. Das Rammkommando riegelt sofort die geschlagene Bresche ab, währenddessen wälzt sich der ganze Demonstrationszug durch die Lücke.

Wären nicht die russischen Panzer gekommen, uns wären bestimmt noch ganz andere nützliche Ideen eingefallen."

Die Wut packt Erna. Mit erregter Stimme, scharf, durchdringend, so daß uns unheimlich zumute wird, fährt sie los: "Eine lange Kolonne russischer Panzer mit Infanterietruppen und Granatwerfern fährt todesdrohend die Stalin-Allee entlang zum Alex. Die Soldaten haben ihre Bajonette aufgesteckt, zum Nahkampf. Den Stahlhelm aufgesetzt. Die Luken der Panzer geschlossen. Alles wie im Krieg."

Jetzt sieht die Vopo die Stunde der Rache gekommen. Sie verhaftet willkürlich, schlägt zusammen, wen sie erreichen kann. Neben mir werden zwei Kolleginnen aus der Schneiderei niedergemacht. Blutüberströmte Köpfe, verschmierte Kleider, so liegen sie neben mir, werden von der Vopo auf einen Lastwagen geworfen und verschleppt. Eine davon kam erst nach fünf Jahren aus einem russischen KZ in Sibirien zurück, gesundheitlich ein Wrack. Die andere nie mehr. Niemand konnte oder wollte uns sagen, wo sie ermordet wurde."

Erna schweigt. Das Schicksal der beiden Kolleginnen zeichnet ihr Gesicht noch heute mit Entsetzen. Alles scheint erst vor kurzem geschehen zu sein.

Alfred legt seine Hand auf Ernas Schulter, sagt in vorsichtigem Ton: "Nach 11 Uhr kamen große sowjetische Panzerverbände in Ostberlin an. Mit einem Offizier, der gut Deutsch konnte, bin ich sogar ins Gespräch gekommen. Er fragte mich, wo hier amerikanische Panzer seien."

Ich bin verdutzt: 'Amerikaner? Keine gesehen.'

Er: 'Aber uns hat man gesagt, hier seien amerikanische Agenten mit starkem Waffenschutz von drüben; obendrein Faschisten und Provokateure. Wo sind die?'

Langsam schalte ich, was da gespielt wird. Die russischen Soldaten sind mit Lügen gegen uns verhetzt worden.

Genauso wurde es dann 68 bei der Besetzung der Tschechoslowakei gemacht. Derselbe Trick findet vielleicht auch eines Tages gegen Polen Anwendung. Und er wird leider wieder klappen. Davon bin ich überzeugt."

"Wir sind jetzt", macht Erna weiter, "50.000 Demonstranten auf dem Marx-Engels-Platz. Erstmals eine freiwillige Versammlung dort, wo sonst befohlene Kundgebungen stattfanden. Die russischen T 34-Panzer und die Panzerspähwagen fahren rücksichtslos auf uns zu. Wir rennen auseinander, lassen eine Schneise frei, weichen in Seitenstraßen aus."

"Ja, ja", meint Alfred, "unten am Regierungsgebäude wird schon geschossen. Unter dem Einpfeitschen eines russischen Generals geht die Vopo vor. Zuerst verpassen wir ihr einen Steinhaegel. Dann schießt sie auf uns. Wer nicht gleich flüchtet, hakt sich unter. Wir gehen einige Schritte auf die Schießwütigen zu, dann wieder zurück, wieder vor usw. Als aber nach und nach mehrere von uns getroffen nach hinten weggebracht werden müssen, sehen wir, daß das sinnlos ist. Einige stürzen wutentbrannt auf einen Panzer los, der zu unserer großen Freude auf einem Trümmerfeld in einen Keller eingebrochen ist. Wir schleudern Steine auf den Koloß, versuchen, den Geschützturm und die Ketten mit Balken zu blockieren. Wir brechen die Antenne ab. Hilflose Wutausbrüche gegen eine Panzerarmee."

Resigniert, müde, stützt sich Alfred auf seine Ellbogen, wie gerade nach einer schweren Schicht nach Hause gekommen. Erna kramt im Büffet eine alte, schon ziemlich zerlesene Broschüre über den 17. Juni heraus. Während sie darin blättert, erklärt sie uns: "Das einzige, was die Russen konnten, war, den Ausnahmezustand zu verhängen, wie alle Herrschenden auf der Welt tun, wenn das Volk einmal die Bonzen abschütten will."

Mittags haben die Russen Plakate mit folgendem

Wortlaut anschlagen lassen:

'Befehl des Militärkommandanten des sowjetischen Sektors von Berlin.
Betr. Erklärung des Ausnahmezustandes im sowjetischen Sektor von Berlin.

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:
1. Ab 13 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und anderen Fahrzeugen wird von 21 Uhr bis 5 Uhr verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.

Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Groß-Berlin
gez. Generalmajor Dibrow.

Jetzt haben wir den Salat. Nach der Theorie der Russen und der SED gibt es auf der ganzen Welt Kämpfe nur zwischen Sozialisten und Kapitalisten. Die Regierung und die Besatzungsmacht meinen, sie seien die Sozialisten. Müssen folglich damals nicht lauter Kapitalisten auf der Straße gewesen sein?"

Alfred richtet sich auf, spinnt mit verschmitztem Gesicht den Gedanken weiter:
"Wir könnten ja auch den Spieß rundrehen. Es sind ja tatsächlich vor allem Arbeiter - kaum Angestellte und schon gar keine Beamten oder Bürgerliche - auf der Straße gewesen. Also, wenn auf unserer Seite die Arbeiterklasse gekämpft hat, dann müssen doch die anderen logischerweise die Kapitalisten sein. Nicht wahr? Das wäre die Anwendung von deren eigener Theorie auf sie selbst."

Das leuchtet uns beiden ein. Aber zuerst wollen wir noch erfahren, wie es in Ostberlin zu Ende gegangen und was in der ganzen DDR passiert sei. Alfred wischt mit der Hand einige Brosamen vom Tisch.

"Die Russen haben im Lauf des Nachmittags rasch mit uns aufgeräumt. Die Panzer schießen die Straßen entlang, daß alles flüchtet. Was bleibt Dir da übrig? Wir hatten ja nie vor, uns mit dem Militär anzulegen. Wir wollten die Russen aus dem Spiel lassen. Was in der übrigen DDR passiert ist, haben wir erst später nach und nach von Verwandten, Bekannten, Freunden erfahren. Fast jede größere Stadt hat sich am 17. Juni dem Generalstreik angeschlossen. Voran sind dort Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem von Großbetrieben. Die Schwerpunkte lagen im Industriegebiet um Leipzig, Merseburg, Halle und Bitterfeld, dann auch im Raum von Magdeburg. In den anderen Gebieten haben unsere Aufrufe nicht so stark gezündet, oder sie sind gleich gar nicht angekommen."

Erna blättert weiter in ihrer Broschüre: "In der ganzen DDR haben sich 270 Städte angeschlossen. Es war fast ausschließlich die Industriearbeiterschaft, zusammen zwischen 300 und 370.000. Die Schätzungen schwanken. Wenn man das auf die damaligen 5 1/2 Millionen Arbeitnehmer umrechnet, machen das grad so um die 6 Prozent aus."

Erna legt die Broschüre weg.
"Das ist eigentlich nicht toll", gibt sie zu, "und trotzdem halten wir diesen Arbeiteraufstand für außergewöhnlich wichtig. Die Streiks in der DDR gingen ja oft weiter, an vielen Orten noch mehr als eine Woche. Was wir wollten, war natürlich noch nicht ausgereift. Das war unmöglich an einem einzigen Tag.

Wir wollten schon einen Sozialismus, aber wir selbst wollten den gestalten. Wir wollten unsere Leute selbst wählen. Wir wollten unabhängige Funktionäre in der Gewerkschaft. Wir wollten die Bonzen stürzen, eine wirkliche Demokratie von unten aufbauen: vom Betrieb aus: bis nach oben. Wir hatten die Unterdrückung abweichender Meinungen satt."

"Was wir anfangen", macht Alfred weiter, "das versuchten viel radikaler, sogar mit der eigenen Armee, 56 auch die Ungarn. Sie wurden blutiger als wir niedergeschlagen. Dann kamen ebenfalls 56 und wieder 70 und jetzt seit 80 die Polen. Alle zielen auf eine sozialistische Volksherrschaft, von der auch wir geträumt haben: vom Volk gewählte und jederzeit absetzbare Vertreter. Eine sozialistische Räte Demokratie. Kleine Leute wie wir selbst, keine unangreifbaren Bonzen."

Neugierig will Gerinde wissen, worin sich das von unserer westlichen Demokratie unterscheidet.

Alfred: "Tja, unsere Volksvertreter müßten jederzeit wieder von uns Wählern abgesetzt werden können, wenn wir guten Grund dazu haben. Hier dagegen berufen sich die Abgeordneten - kaum sind sie im Parlament - auf ihr freies, angeblich so unabhängiges Gewissen. Vor der Wahl sagen sie davon nichts. Wer die Abwahl eines Abgeordneten für richtig hält, darf hierzulande nicht im öffentlichen Dienst arbeiten. Die westlichen Bonzen erklären ihn für zu radikal, für nicht vereinbar mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung!"

Erna läßt keine Verschnaufpause aufkommen: "Und dann die Parteienwirtschaft auch hier. Damit die Großen keine Konkurrenz befürchten müssen, haben sie die 5%-Klausel erfunden, die gar nicht in der Verfassung steht. Sie lassen sich ihre ganze Parteipropaganda von unseren Steuern bezahlen.

Die guten Posten vergibt man auch hier nach dem Parteibuch, gerade wie in der DDR. Sowie so ähneln sich Ost und West in vielem, besonders im Unangenehmen. So im Einsatz von Militär und Polizeitruppen gegen Erneuerungsbewegungen aus dem Volk. Hier schlägt nicht die Vopo, dafür der Bundesgrenzschutz auf die Leute ein, wenn diese mit gutem Recht Angst vor verrückten, tödlichen Atomkraftwerken oder Atomüllplätzen oder Atomraketen haben.

Hüben wie drüben wirft man rund ein Drittel der Steuergelder für die Armee hinaus. Wer dagegen ist, gilt als verdächtig. Und Volksabstimmungen über lebenswichtige Fragen sind weder im Osten noch im Westen erlaubt. Beide Regierungen trauen im Grunde ihren Völkern nicht so recht über den Weg."

Mitgenommen lehnt sich Erna zurück. Alfred holt tief Luft, wie wenn er abschließen wollte: "Nun, jetzt wißt ihr etwas von dem, was wir mitgemacht haben. Nur noch das: Als derjenige, der als erster zum Generalstreik aufgerufen hat, bin ich natürlich fieberhaft gesucht worden. Aufgrund eines Fotos, das einer aus dem Regierungsgebäude gemacht hat, und nach Zeugenaussagen von SED-Spitzeln bin ich identifiziert worden. Genau wie hier, wo die Bullen Spitzel in Organisationen und Demonstrationen einschleusen.

Mich haben sie fünf Jahre ins Zuchthaus Bautzen gesteckt. Dort saßen vorher die Parteikommunisten während der Nazizeit. Auf meinem Stockwerk befand sich die ehemalige Zelle von Ernst Thälmann, dem Vorsitzenden der KPD während des Dritten Reiches. Nach fünf Jahren schoben sie mich in den Westen ab. Hier wollten Zeitungen, zweimal auch das Fernsehen, mich als großen Helden des 17. Juni feiern. Das ist ihnen gleich vergangen, als ich mit meinen räte-sozialistischen Ideen ausgepackt hab'. Ein Fernseh-mensch meinte einmal, man könne meine Aussagen ja kürzen um Dinge, die der Redaktion nicht paßten. Den schrie ich aber an: 'Ihr seid die gleichen Scheißkerle wie die Bonzen in der DDR'. Dann hab' ich die Glastür aufgerissen und sie alle die Treppe hinuntergejagt. Einem mußte ich noch sein Tonband durchs Treppenhaus nachwerfen. Der Kerl hat doch wirklich überstürzt unsere Wohnung verlassen."

Jugendproteste in Ostberlin Juli/August 1987

Bürokraten raus - Sozialismus rein!

Die Unruhen und Polizeieinsätze gegen tausende Ostberliner Jugendliche vor einigen Wochen machen deutlich, daß auch das bisher so stabil scheinende DDR-Regime mit dem Unmut in der Bevölkerung rechnen muß. Die Behauptungen der DDR-Nachrichtenagenturen, die Berichte, die hier über den Bildschirm flimmerten, seien „Hirngespinnste“ westlicher Journalisten, zeigen, daß es mit der Informationspolitik der DDR-Führung offenbar nicht viel besser bestellt ist als mit der der Bildzeitung.

Auf westlicher Seite beilieten sich manche Kommentatoren mit Abwegelungsversuchen: Die Jugendlichen seien vor allem Rockfans gewesen, mit wenig politischem Bewußtsein. Es mag wohl sein, daß der Anlaß für das Zusammenströmen der Jugendlichen zunächst das Rockkonzert auf Westberliner Seite war und das Vorgehen der Ostberliner Polizei die Zusammenstöße erst provoziert hat. Aber daß binnen kurzer Zeit aus der friedlichen Versammlung von Rockfans eine politische Kundgebung wurde, die sich an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen wiederholte, spricht Bände.

Die Tatsache, daß das DDR-Regime seine Bevölkerung einsperrt, ist ein Politikum ersten Ranges, daß of-

fenbar sehr wohl im Bewußtsein der Jugendlichen vorhanden ist. Das Absingen der Internationale, die „Rosa-Luxemburg“-Rufe (nach dem Bericht eines Reporters des britischen „Guardian“) und die Gorbatschow-Sprechchöre zeugen ebenfalls nicht gerade von einem unterentwickelten politischen Verständnis. Sie machen ebenfalls deutlich, daß hier keineswegs eine pro-westliche Stimmung zum Ausdruck kam (wie vielleicht mancher Reaktionsär in der BRD gern glauben möchte), sondern daß die Jugendlichen durchaus eine sozialistische Orientierung haben.

Angestaute Unzufriedenheit

In den Unruhen kam angestaute Unzufriedenheit und unterschwellige Frustration mit dem bürokratischen Regime unvermittelt zum Ausdruck. Dies war auch nicht das erste Mal, daß sich der „Arbeiter- und Bauernstaat“ revoltierenden Jugendlichen gegenüber sah. Schon in den vergangenen 10 Jahren gab es immer wieder gerüchteweise Nachrichten über Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei nach Rockkonzerten. 1977 soll es bei solchen Kämpfen auf dem Ostberliner Alexanderplatz sogar Tote gege-

ben haben.

Wieso hat eine angeblich „sozialistische“ Regierung solche Polizeieinsätze nötig? Warum muß man durch die Mauer eine Bevölkerung vor „westlicher Infiltration“ schützen, die angeblich zu über 99% die SED-Einheitslisten wählt?

Keine Hilfe von Gorbatschow

Die sowjetische Nachrichtenagentur unterstützte inzwischen das DDR-Regime mit der Stellungnahme, die Mauer sei als „antifaschistischer Schutzwall“ nötig. Dies sollte den DDR-Jugendlichen zeigen, daß aus Richtung Gorbatschow auch keine Hilfe zu erwarten ist. Die Arbeiter und Jugendlichen in der DDR können sich nur selber helfen. Indem sie die Diktatur einer bürokratischen Minderheit stürzen und eine echte sozialistische Arbeiterdemokratie aufbauen. Dies hätte sofort eine große Anziehungskraft für die Arbeiterbewegung im Westen. Daß es im Kampf der Jugend gegen ihre jeweiligen Bevormunder wechselseitige Auswirkungen an der Nahtstelle der Systeme gibt, zeigten die Jugendunruhen in West- und Ostberlin: Die Ostberliner Jugendlichen riefen „Kreuzberg ist überall!“ Die Kreuzberger Jugendlichen riefen bei einer Polizeiblockade aus Anlaß des Reagan-Besuches einem Wall von Polizisten entgegen: „Die Mauer muß weg!“

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

DDR

November 1987

Schleht die Bürokraten ab!

Die jüngsten Vorfälle in der DDR haben gezeigt, daß die Zahl der Jugendlichen gewachsen ist, die bereit sind, sich auch angesichts großer persönlicher Opfer gegen die Verhältnisse zu wehren. In den Tagen um die Abschiebungen von Stephan Krawczyk, Freya Klier u.a. füllten tausende Menschen die Ost-Berliner Gethseman-Kirche, um sich zu solidarisieren. Auch in anderen Städten in der DDR kam es zu Solidaritätsaktionen.

Die Opposition wird noch überwiegend von Intellektuellen getragen. Doch Unruhe unter diesen Schichten ist oft der Vorbote für eine Bewegung der Arbeiter; so in Polen (das KOR-Komitee existierte vor Solidarnosc), in Ungarn 1956 oder der CSSR 1968. Unter den DDR-Oppositionellen gibt es noch oft unklare Vorstellungen über die Rolle von Staat und Kirche.

Krawczyk erwartete als Konse-

quenz seiner Aktionen am 17.1. zwar seine Festnahme, aber auch, daß die Polizei ihn nach 24 Stunden wieder laufen läßt. Doch mit der Bürokratie kann man nicht Versteck spielen. Sie hat Angst, daß Oppositionelle einen großen Bekanntheitsgrad bekommen, so daß auch die Masse der Arbeiter aufmerksam wird. Auch die Vorstellung, daß die Forderungen der Bürgerrechtler von der sowjetischen Führung wohlwollend betrachtet würden, erwies sich als illusionär: Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bezeichnete Krawczyk und die anderen ebenfalls als „Renegaten“ (Abtrünnige).

Für viele Jugendliche in der DDR bietet die Kirche den einzigen Freiraum für ihre Aktivitäten. Doch die letzten Vorgänge zeigten, daß die Kirchenführung - wie in der restlichen Welt - der seelsorgersche Hilfstupp der Herrschenden ist. Die Kirchenführer der DDR predigten Ruhe und

Maßhalten. Einer von ihnen, Manfred Stolpe, sagte: „Wir haben ein paar Veranstaltungen gehabt, die waren mit einfach zu einseitig staatskritisch. (...) Das hilft auf Dauer nicht weiter.“

Der von der Kirche beauftragte Anwalt Schnur verschwieg bei seinen Besuchen Krawczyk gegenüber die Solidaritätswelle in der DDR bewußt. Dies führte letztendlich dazu, daß Krawczyk und Klier aus Angst vor Knast und Stasi-Terror auf die Erpressung eingingen.

Auf die Kirche oder „reformerische“ Teile der Bürokratie kann die Opposition nicht bauen, wenn sie in der DDR etwas verändern will. Auch in der DDR ist die entscheidende Kraft die Arbeiterklasse. Wenn in den nächsten Jahren zu der politischen Unterdrückung auch noch der ökonomische Druck wächst, werden die Arbeiter in Aktion treten. Dann ist die Chance gegeben, die Bürokratie zu stürzen und eine echte Arbeiterdemokratie aufzubauen, die zu Recht das Erbe Luxemburgs und Liebknechts antreten könnte.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Ich möchte
VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift

Einsetzen an: VORAN, Dienstag 4.5000 Köln 1

VORAN - marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften. VORAN kämpft für ein sozialistisches SPD-Programm, für die Überführung der Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum, für eine demokratisch geplante und gelenkte Wirtschaftsordnung. VORAN berichtet monatlich aus der Arbeiterbewegung im In- und Ausland, aus der Geschichte und Gegenwart.